

Jörg Hofmann
Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg



Betriebsrätekonferenz
am 06. Oktober 2010 in Heidenheim

„Nach der Krise –
Innovationen und Kompetenzen in den
Unternehmen weiterentwickeln“

Ich möchte das Thema in vier Punkten bearbeiten:

Zum ersten würde ich gerne im vorgegebenen Titel meines Beitrags der Aussage: „nach der Krise“ ein Fragezeichen hinzufügen und dies begründen, zum zweiten möchte ich auf die vor uns stehenden strukturellen Umbrüche eingehen, die den Wachstumspfad des deutschen Produktions- und Beschäftigungsmodells bestimmen werden und drittens der Frage nachgehen: Welche Auswirkungen hat dieser Strukturwandel auf den Arbeitsmarkt, um zuletzt und viertens auf unsere Handlungsperspektiven eines Kurswechsels für ein gutes Leben in diesem Kontext einzugehen.

Erstens: Warum setze ich ein Fragezeichen hinter „nach der Krise“?

Vorab: Konjunkturell scheinen wir im Wesentlichen das tiefe Krisen-Tal verlassen zu haben, wenn wir auch feststellen müssen, dass die Mehrzahl der Branchen noch nicht das Produktionsniveau von 2007 erreicht hat. Dem Fahrzeugbau ist es annähernd gelungen, teilweise liegen wir hier schon darüber. Der Maschinenbau und Nutzfahrzeugbereich liegt im Durchschnitt trotz beeindruckender Zuwachsraten 2010 weiter hinten dran, mit einem Minus von ca. 15 Prozent zu 2007 – so tief war der Fall. Die Konsumgüterindustrie war Dank der stabilen Binnennachfrage auf Grund des stabilen Arbeitsmarktes während der gesamten Krise ohnehin nicht in einem vergleichbaren Ausmaß berührt und nimmt nun auch wieder an Fahrt auf.

Vermelden die Auftragszahlen daher Entwarnung, können wir nicht über die Risiken, die weiter bestehen, hinweg gehen. Noch immer sind die Probleme der Finanzmärkte ungelöst, wird wild weiter spekuliert, sind enorme Risiken im Finanzsystem vorhanden. So erklärt sich etwa, dass Obama jetzt noch mal kräftig, trotz massiver Haushaltsdefizite, weitere konjunkturstützende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auflegt. Nicht weil steigende Arbeitslosigkeit sein Kernproblem wäre, sondern weil das damit verbundene Risiko, dass die unaufgedeckten Risiken des kreditfinanzierten Konsums in den USA sich in eine Kreditkartenkrise auswachsen, ihn zum Handeln zwingt.

Wir selbst haben gerade vor einigen Monaten am Beispiel Griechenlands erlebt, mit welcher Aggressivität Spekulanten selbst gegen ganze Staaten vorgehen und damit das Wohlstandsniveau gesamter Nationen bedrohen. Und nicht zuletzt: Auch das deutsche Bankensystem und hier vorab die Landesbanken können mangels weiter hoher Risikobelastung und geringer Eigenkapitaldecke ihr Kreditgeschäft nicht im gewohnten Umfang betreiben – wachsender Investitionsbedarf im Aufschwung und damit ein Mehr an Fremdkapital wird die Probe aufs Exempel liefern, ob das Bankensystem seiner Kernaufgabe nachkommen kann.

Unsicherheiten und Risiken entstehen auch bei der Frage: Was passiert, wenn die weiterhin anhaltend konjunkturstützenden Programme auslaufen? Solche gibt es weiter in einigen europäischen Staaten, besonders aber in China und den USA; in einem hohen Umfang auch in Japan.

Was passieren kann, wenn staatliche Stützungsprogramme auslaufen, sehen wir gerade in der Entwicklung der Zulassungszahlen bei den Pkws in Deutschland. Ein Minus von 35 Prozent zum Vorjahr ist die Folge. Absehbar laufen die jetzt noch konjunkturstützenden vergleichbaren Maßnahmen in den wesentlichen westeuropäischen Absatzländern in den nächsten Monaten aus.

Wir können feststellen, dass ein Hauptimpuls für die deutliche Auftragsverbesserung im Maschinenbau - aber auch für das Premium-Segment des Fahrzeugbaus - der chinesische Markt ist.

Der chinesische Wachstumsboom wird von massiven Konjunkturprogrammen getragen. Wie China reagiert, wenn eine Überhitzung der Konjunktur droht oder wenn die eigene Industrie gegen ausländische Exporte auch in den Bereichen des Maschinenbaus abgesichert werden soll, haben wir in der Vergangenheit in aller Deutlichkeit vor Augen geführt bekommen. Kurzfristig wurden Importzölle erhöht bzw. Importgenehmigungen versagt. Die extreme Abhängigkeit der konjunkturellen Entwicklung im Investitionsgüterbereich von China muss dieses Risiko mit beachten.

Eine weitere unbeantwortete Frage liegt in der Wirkung der jetzt in Europa überall anlaufenden Haushaltssanierungsprogrammen auf die Binnennachfrage. Erkennbar ist, dass in allen europäischen Ländern Masseneinkommen belastet werden, anstatt hohe Verdienste und Vermögen zur Finanzierung der Krisenlasten heranzuziehen. Unsere Herbstaktionen gegen ein „Weiter so“ und gegen eine verteilungsungerechte Sparpolitik zielen darauf, durch mehr Verteilungsgerechtigkeit eine ausbalanciertere Entwicklung durch die Stabilisierung der Binnennachfrage zu erzielen.

Conclusio zur konjunkturellen Lage: Die Wachstumsperspektiven des Bruttoinlandsproduktes sind mit positiven Vorzeichen zu versehen; 2011 sicherlich wieder etwas zurückhaltender wie in der ersten Jahreshälfte 2010. Dennoch positiv! Dabei sind die genannten Risiken aber nicht auszublenden. Und eine wesentliche und immer wieder zu unterstreichende Feststellung: Dass wir im Moment von Auftragseingängen profitieren können und ein Durchstarten nach der Krise möglich ist, ist Erfolg einer Beschäftigungspolitik, die - wesentlich von uns gestaltet - in der Krise auf Beschäftigung statt Entlassung setzte.

Nun erwarten wir aber auch, dass neu hereinkommende Aufträge, dort wo Kapazitäten nicht ausreichend sind, in ein Mehr an sicherer Beschäftigung münden. Dagegen steht die Arbeitgeberstrategie, jetzt vorrangig Leiharbeit einzusetzen. Wir haben aber nicht für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Unternehmen Opfer gebracht, damit nun der Aufbau in Leiharbeit erfolgt.

Zurück zum Fragezeichen: Wer nur auf die konjunkturelle Entwicklung und ihre Risiken schaut, könnte darauf verzichten. Doch er springt zu kurz. Kann man bei der konjunkturellen Entwicklung auf Entwarnung setzen, gilt dies nicht für die strukturellen Überkapazitäten, die schon vor der Krise bestanden und im wesentlichen auch während der Krise nicht abgebaut wurden. Noch immer haben wir im Fahrzeugbau in Europa 25 Prozent mehr Montagekapazitäten, als selbst der Absatzrekord im ersten Halbjahr 2008 verlangt hätte. Dahinter auch entsprechende Überkapazitäten im Zulieferbereich. Auch Sparten des Maschinenbaus leiden vorwiegend nach der Krise weiter unter Überkapazitäten. Nehmen wir den Druckmaschinenbau oder Teile des automobilorientierten Werkzeugbaus. Hier wird jetzt nach der Krise der Druck auf die Bereinigung von Strukturen, sprich das Schließen von Standorten und des Abbaus von Beschäftigung deutlich zunehmen.

Jetzt wird entschieden, wo und wie wieder investiert wird und diese Gelegenheit, da braucht man kein Hellseher sein, wird zum Anlass genommen, Produktions-Kapazitäten brach zu legen. Weiter bedeutet Überkapazität immer ein verschärfter Kampf um Marktanteile, ein Kampf der nicht zu Lasten der Profite, sondern oft zu Lasten der Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten ausgetragen wird. Sprich: Die Auseinandersetzung um Standorterhaltung und Investitionen wird in einer neuen Schärfe in unseren Betrieben und Unternehmen bemerkbar sein. Die strukturelle Überproduktionskrise in vielen Sektoren ist eben noch nicht beendet.

Ich komme zum zweiten Punkt: Welche wesentlichen strukturellen Umbrüche werden uns, neben der Anpassung von Kapazitäten, in den nächsten Jahren beschäftigen?

Da ist zu allererst die Verschiebung der Märkte zu nennen. Deutlich ist, die Weltproduktion und die Weltmärkte werden sich deutlich verändern. Die BRIC-Staaten und hier insbesondere China, Indien und Brasilien gewinnen an Bedeutung, wobei allein auf Grund der Größe, aber auch der staatlichen Schwerpunktsetzung auf industrielle Entwicklung, insbesondere China zu einer ökonomischen Weltmacht wurde.

Man kann auch sagen: Nach einem Intermezzo von 400 Jahren Kolonialismus gewinnen die alten Weltkulturen und Zentren der Weltwertschöpfung China und Indien wieder ihre alte Stärke zurück. Hier muss sich die deutsche Industrie neu verorten.

Wie sieht das deutsche Produktionsmodell aus, das in solch veränderten Märkten weiter Beschäftigung in Deutschland sichert, obwohl jedem klar ist, dass ohne Produktion und auch Entwicklung in China mittelfristig ökonomischer Erfolg in unseren Leitbranchen nicht möglich ist. Dass China sich in manchen Branchen jetzt schon und zukünftig verstärkt nicht nur als Technologieimporteur, sondern auch Exporteur verstehen wird, ist mitzudenken. Verläuft dies ebenso relativ unspektakulär wie die „japanische“ und danach „koreanische“ Bedrohung – oder haben wir hier allein auf Grund der Marktmacht einerseits, des absehbar deutlich längeren Aufholprozesses im Wohlstandsniveau andererseits, nicht eine neue, nicht bekannte, Herausforderung. Eines scheint mir sicher: Wenn das deutsche Produktions- und Beschäftigungsmodell nachhaltig Erfolg haben soll, ist ein hoch innovativer und auf Qualifikation basierender Entwicklungspfad mit einer Schwerpunktsetzung auf industrielle Entwicklung unersetzbar.

Der zweite strukturelle Umbruch - den ich sehe - ergibt sich aus der Notwendigkeit ressourcenschonenden Wachstums. Die Reduzierung des weltweiten CO₂-Ausstoßes und die Berücksichtigung der Endlichkeit von natürlichen Ressourcen, die für nachhaltiges Wachstum zwingend sind, erfordern technologische und gesellschaftliche Umbrüche. Ich erspare mir hier die Argumente des „Warum“ dieses Handelns aufzuführen.

Dabei muss systemisch gedacht werden. Dies gilt für die Gesamtenergiebilanz, etwa neuer Antriebstechniken wie die Gesamtmaterialbilanz von Rohstoffgewinnung bis Recycling von neuen Werkstoffen, bis hin zur gesellschaftlichen Vernetzung durch neue Mobilitätskonzepte, dezentraler Energieversorgung, lokaler Kreislaufwirtschaft, um nur Beispiele zu nennen. Damit wird schon auf eine Wirkung dieses strukturellen

Wandels auf die Arbeitswelt hingewiesen: Er ist extrem wissens- und technologiegetrieben. „green technology“ ist eben nicht Jutesack mit Schafwollpulli.

Ein dritter struktureller Umbruch ergibt sich durch die demographische Entwicklung in Deutschland. Während die USA etwa mit steigender Geburtenrate und damit auch, zusammen mit Migration, mit steigender Bevölkerung rechnen kann, steht Europa vor dem Problem einer deutlich reduzierten Geburtenrate und damit der relativen Alterung der Bevölkerung. Dies bestimmt zumindest für einen langen Zeitraum von zwei und mehr Dekaden nicht retournierbar die Entwicklung auch auf dem Arbeitsmarkt.

Hier trifft zum gleichen Zeitpunkt einerseits die Notwendigkeit, noch mehr und besser qualifizierte Arbeitskräfte für neue Produkte und Prozesse zu benötigen, auf andererseits eine Verknappung des Angebots an erwerbsfähigen Beschäftigten.

Ich ziehe daraus folgende zentrale Schlussfolgerung: Wir können daher mit hoher Evidenz Innovationsführerschaft und Qualifikation als zentrale Hebel zur Bewältigung der vorher genannten strukturellen Umbrüche adressieren.

Die IG Metall tritt für einen nachhaltigen ökologischen, sozialen und demokratischen Strukturwandel und der hierfür notwendigen begleitenden, durch Politik gesetzten, Rahmenbedingungen ein.

Diese Zielsetzung nimmt bewusst auch partielle Widersprüche in sich in Kauf. Nehmen wir das Ziel ökologisch und sozial. Natürlich ist es offensichtlich, dass energieintensive Industriezweige ökologisch wenig Sinn machen. Andererseits sind davon tausende von Arbeitsplätzen abhängig. Hier braucht es einen politikbegleitenden strukturellen Wandel, um Sozialverträglichkeit zu erreichen.

Oder nehmen wir die Zielsetzung ökologisch und demokratisch. Unzweifelhaft ist der Schienenfernverkehr die ökologisch sinnvollere Alternative zum Ausbau des Fernstraßennetzes, statt mehrspuriger Autobahnen oder ein Mehr an Flugverkehr.

Ökologischer Umbau erfordert auch Großprojekte. Großprojekte, die des öfteren an der fehlenden Akzeptanz der Bevölkerung zu scheitern drohen. Stuttgart 21 ist ein Beispiel; die Ablehnung der Verlegung von Leitungen aus Offshore-Windkraftparks ein anderes. Die Frage von ökologischem Wandel und den damit verbundenen Veränderungen im Lebensumfeld von Bürgern, führt zu einem Spannungsfeld zwischen Kollektiv- und Individualinteressen, die neue Formen der Bürgerbeteiligung verlangen. Repräsentative Demokratie ist mehr als Mehrheitsbeschluss. Sie verlangt auch neue Formen der Transparenz und Bürgerbeteiligung im politischen Prozess.

Oder ein letztes: Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ verleitet dazu, den damit verbundenen strukturellen Wandel nur in langen Fristen zu betrachten. Dies ist falsch. Nehmen wir als Beispiel den CO₂-Ausstoß.

Wenn mit der bisher erreichten Rate zur Minimierung des CO₂-Ausstoßes weitergefahren würde, würde sich die CO₂-Belastung durch die weltweit deutlich höhere Motorisierung in den nächsten Jahren nochmals massiv ausweiten.

Dieser Rebound-Effekt muss durchbrochen werden. Noch immer gilt, dass die Wachstumsleitidee vieler Länder die ist: „Mehr Wohlstand, mehr Energieverbrauch“

und erst ab einem bestimmten Wohlstandsniveau wird über Energieeffizienz nachgedacht. Energieeffizienz sozusagen als Luxusproblem der Wohlhabenden. Tatsache ist, auch in den westlichen Ländern verbrauchen wir Jahr für Jahr mehr Energie; erhöht sich der CO₂-Ausstoß, haben wir längst nicht den Wendepunkt dieser Kurve erreicht. Es ist zwingend notwendig, dass Länder wie China und Indien, etwa mit einem „Überspringen“ industrieller Entwicklungsphasen (ein Beispiel ist die E-Mobilität) unter dieser „Wohlstands-Energieverbrauchs“-Glockenkurve sozusagen hindurchtauchen, da ansonsten der weltweite CO₂-Ausstoß und die damit verbundenen Klimaproblematiken sich logarithmisch entwickeln würden. Und dies wiederum ist nur realistisch, wenn die entwickelten Länder nachweisbar und verbindlich den CO₂ Ausstoß in schneller Dynamik reduzieren.

Hier ist also Nachhaltigkeit mit dem Zwang zum schnellen Handeln verbunden. Und dies kann nur durch klare staatliche Regulation erzielt werden. Daher ist aktive Industriepolitik zwingend. Diese gesellschaftlichen Zukunftsfragen wird nicht der Markt lösen.

Ich komme zu meinem dritten Punkt: Welche Auswirkungen hat der Strukturwandel auf den Arbeitsmarkt?

Diese Frage ist eng verbunden mit der Entwicklung des Produktionsmodells Deutschland und damit den zwei Kernthemen: Innovationsführerschaft und ausreichend Fachkräfte, um diese zu treiben.

Innovationsführerschaft bedeutet nicht nur Patentweltmeister. Hier sind die Chinesen uns schon längst auf den Füßen. Sondern verlangt Vorreiter zu sein bei strategischen neuen Technologien, Prozessen und Materialien. Der Hype um die E-Mobilität darf darüber nicht hinwegtäuschen, dass es neben der Frage der Elektrifizierung des Autos genügend strategische weitere Felder gibt, wo eine Neupositionierung dringend erforderlich wäre. Etwa in den Werkstoffen, Stichwort Leichtbau, oder der Ressourceneffizienz in der Energieübertragung.

Dabei muss zunehmend - ich wies darauf schon hin -, systemisch gedacht werden. Dies verlangt beispielsweise die Einbeziehung des gesamten Materialkreislaufes von Rohstoffgewinnung, Verarbeitungsprozessen bis zum Recyceln in einer Ressourcenbilanz. Das gilt auch für die Energiebilanz; aber auch für die Einbindung von Technologien in gesellschaftliches Umfeld. E-Mobilität macht nur Sinn im Kontext neuer Mobilitätskonzepte. Gerade die Rolle eines „Systemanbieters“ könnte Deutschland Alleinstellungsmerkmale bieten, die die Rolle als Innovationsführer stärken. Dass dies schwierig ist, zeigt uns die Tatsache, dass wir selbst bei konventionellen Technologien (Neubau einer kompletten Automobilfabrik, Aufbau und Betrieb eines Eisenbahnnetzes, etc.) hier deutliche Schwächen haben, als Systemlieferanten auf den Weltmärkten aufzutreten.

Für diese technologisch getriebenen Umbrüche ist staatliche Regulation und Verlässlichkeit in den zeitlichen Vorgaben unerlässlich. Auch hier zwei Beispiele:

Die fatalen Folgen der Rücknahme des Atomausstieges, gerade für ein Leitbild dezentraler Energieerzeugung und -versorgung, machen deutlich, dass hier langfristige staatliche Kontinuität geboten ist. Das Aus für viele kommunale Energieversorger und ihre Investitionsstrategien in erneuerbare Energien, die

Gefährdung tausender von Arbeitsplätzen in der entwickelten Industrie erneuerbarer Energieerzeugung machen deutlich, warum klare Vorgaben und Verlässlichkeit zwingend sind.

Ein zweites Beispiel: Nur durch die Bereitstellung notwendiger Infrastruktur kann die flächendeckende Versorgung, etwa mit Wasserstoff für Brennstoffzellenfahrzeuge, gewährleistet werden. Diese Infrastrukturleistungen können nicht allein dem Markt und schon gar nicht den Großkonzernen überlassen werden, soll eine Versorgungssicherheit nicht nur in den Metropolen, sondern auch im ländlichen Raum gewährleistet werden. Hier muss der Staat über Lizenzvergabe und andere Regulationszwänge aktiv agieren.

Innovationsführerschaft verlangt für das deutsche Produktionsmodell auch die Beantwortung der Frage, wie eine Stärke der deutschen Wertschöpfungskette, die breite Basis von KMUs auf der einen, der Großindustrie auf der anderen Seite, sich weiterentwickelt. Es besteht die Gefahr, dass neue Technologien sich weitgehend nur im Umfeld der Großindustrie entwickeln. Darauf weisen die wachsende Kluft zwischen F&E-Ausgaben, aber auch etwa steigende Patentanmeldungen der Großindustrie bei sichtbar nachlassender Innovationskraft der KMU hin. Die traditionelle Wertschöpfungspartnerschaft muss durch gezielte staatliche Industrie- und Innovationspolitik auch für die Zukunft ermöglicht werden. Technologietransfer, Transparenz und Orientierung in der Industriepolitik sind hier Voraussetzung.

Der zweite Schlüssel einer möglichen Erfolgsstrategie ist die Notwendigkeit ausreichender Innovationstreiber, d.h. Fachkräfte. Das deutsche Innovationsmodell baut auf die enge Vernetzung von Entwicklung, Produktion, Service und Vertrieb. Es geht daher nicht nur um Ingenieure, sondern um die Fachkräfteentwicklung im Gesamten. So geht eine, durch die baden-württembergische Landesregierung in Auftrag gegebene, Studie von Roland Berger davon aus, dass bis 2030 in Baden-Württemberg über 250.000 Ingenieure, aber auch über 250.000 Facharbeiter fehlen würden, um die Potentiale der baden-württembergischen Industrie schöpfen zu können.

Erfolg oder Misserfolg des Produktionsmodells Deutschland werden sich an dieser Frage mitentscheiden. Ausbildung und Weiterbildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Chancengleichheit, Durchlässigkeit des gesamten Bildungssystems sind die Schlüsselworte hierfür.

Damit sind auch schon die Stichworte genannt, die zu meinem vierten Punkt: „Was sind Inhalte und Handlungsziele eines Kurswechsels für ein gutes Leben“ führen.

Um den Fachkräftebedarf der Zukunft nachhaltig zu erfüllen, ist konkretes Handeln erforderlich.

Wir brauchen ein Bildungssystem, das jedem eine Chance bietet und Chancengleichheit für alle sichert und nicht das Abkoppeln von Kindern mit Migrationshintergrund oder sozial schwächeren Schichten.

Wir brauchen lebenslanges Lernen und Durchlässigkeit in der beruflichen Entwicklung und nicht die Entwertung von Arbeitskraft durch Dequalifizierung und gesundheitliche Belastung.

Wir brauchen daher altersgerechte Arbeitsplätze statt entgrenzter Arbeitszeiten und gesundheitsgefährdendem Leistungsdruck, die die Menschen zwingen früh aus dem Erwerbsleben auszuschneiden.

Und wir brauchen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit nicht tausende qualifizierte Frauen zu Hause bleiben müssen, wo ihre Qualifikation entwertet wird, anstatt sie im Beruf fortentwickeln zu können.

Das ist keine Humandusselei, sondern die Voraussetzung, nachhaltig in Deutschland wettbewerbsfähig zu bleiben und Unternehmenswerte zu entwickeln.

Dies widerspricht zu oft der Logik einer nach schnellen Gewinnen gierenden Unternehmenspolitik.

Wir werden erleben und erleben es schon heute, dass, anstatt die Ursachen des Fachkräftemangels zu beseitigen, über Arbeitszeitverlängerung, Leistungsverdichtung und Leiharbeit kurzfristig versucht wird, Profitziele zu erreichen - zu Lasten der Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten, aber auch der Zukunftschancen unseres Landes. Hier müssen wir gegensteuern.

Wir werden erleben, dass mit Verlagerung und Standortbedrohung agiert wird, um Druck auf Arbeitsbedingungen und Entgelte zu entwickeln, anstatt sich am Markt durch Innovation Erfolg zu schaffen.

Daher muss Strukturwandel demokratisch sein. Wir brauchen mehr Mitbestimmung von Betriebsräten, wir brauchen mehr Mitbestimmung der Beschäftigten.

Daher auch unser Projekt „Kompetenz und Innovation“, das den notwendigen Wissenstransfer an Betriebsräte leisten soll, um sich dem strukturellen Wandel offensiv zu stellen.

Daher auch unsere „Initiative Bildung und Beschäftigung“, um, über die Gewerkschaften hinaus, Bündnispartner für unseren Entwicklungsweg des deutschen Produktions- und Beschäftigungsmodells zu gewinnen.

Daher auch unser Eintreten für eine aktive Industriepolitik in Land und Bund und die vielfältigen Initiativen in diesem Kontext in den letzten Jahren.

Wenn wir sehen, dass Innovationsführerschaft und Fachkräftemangel die zentralen Herausforderungen einer erfolgreichen Zukunftsstrategie unseres deutschen Produktions- und Beschäftigungsmodells sind - und damit auch der Entwicklung von Wohlstand und Chancen auf sozialen Ausgleich in unserem Land -, dann gibt dies uns Anlass, selbstbewusst als Gewerkschaften aufzutreten.

Wir sind die Träger des Fortschritts, „mit uns zieht die neue Zeit“ - um ein altes Motiv der Arbeiterbewegung aufzunehmen. Wir die Beschäftigten - mit unseren Potentialen, Ideen, Qualifikationen sind die Zukunft – Gestalten wir sie!